

## Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen

### Sterbebegleitung statt Lebensbeendigung

Die Frage, wie wir rechtlich mit Beihilfe zur Selbsttötung umgehen, beschäftigt den Deutschen Bundestag schon seit einiger Zeit. In dieser Wahlperiode haben wir uns darauf verständigt, diese Frage zur Entscheidung zu bringen. Die entsprechenden Gruppenanträge dazu liegen nun vor und wurden in dieser Woche in erster Lesung beraten. Ohne meinem finalen Abstimmungsverhalten vorzugreifen, habe ich mich entschlossen, den [Gruppenantrag der Abgeordneten Brand und Griese](#), der der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung entschieden entgegnetritt, zu unterstützen.

Wir haben in unserer Fraktion die wesentlichen Argumente bereits auch im Rahmen einer fraktionsoffenen Sitzung im September 2014 intensiv diskutiert. Wir werden diese wichtige ethische Frage mit dem angemessenen Ernst und vor allem in Bewusstsein der Sorgen der unheilbar Kranken in unserem Land in Ruhe und mit Würde führen. Die zweite und dritte Lesung der Gruppenanträge wird dann im Herbst, voraussichtlich am 6. November, stattfinden.

### Schöne Sommerferien

Heute haben wir zum letzten Mal vor Beginn der parlamentarischen Sommerpause getagt. Die nächste Sitzungswoche findet Anfang September statt. Der Schwerpunkt meiner politischen Arbeit wird in den nächsten beiden Monaten im Wahlkreis liegen. Im Rahmen meiner Sommertour werde ich Ehrenamtliche und Vereine besuchen, Betriebe besichtigen und mit hoffentlich vielen von Ihnen ins Gespräch kommen.

Bis dahin wünsche ich allen erholsame und sonnige Sommerferien.



© Deutscher Bundestag / Fritz Reiss

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Griechenland hat die Verhandlungen mit den Institutionen und damit auch mit der Eurogruppe abgebrochen und völlig überraschend ein Referendum angekündigt. Damit hat die griechische Regierung Europa und vor allem die eigene Bevölkerung in eine schwierige Situation gebracht.

Stundenlang haben die Verantwortlichen in Brüssel darum gerungen, für Griechenland eine Lösung zu finden, die mit den Regeln Europas vereinbar ist. Die griechische Regierung hat aber offensichtlich immer darauf gesetzt, Geld zu erhalten, ohne Verpflichtungen erfüllen zu müssen. Dass dies nicht gehen wird, musste der Regierung schon im Hinblick auf die Grundsätze des IWF klar sein.

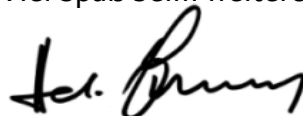
Es geht hier nicht um die Frage von Schuld. Es geht aber sehr wohl um die Frage der Verantwortung. Und da hat Griechenland die Verantwortung für die jetzt entstandene Lage zu tragen, weil die Regierung in Athen die Verhandlungen abgebrochen hat. Ein völlig unverständlicher Vorgang.

Jetzt muss das Referendum abgewartet werden. Und dann kann die griechische Regierung Anträge nach den geltenden Regeln in der EU stellen. Dies wären dann die Regeln des ESM. Aber auch hier gilt das Prinzip von Leistung und Gegenleistung.

Die verhaltene Reaktion der Märkte zeigt, dass die Rettungsprogramme in Europa gewirkt haben. Europa kann diese Situation jetzt viel besser verkraften, weil wir viel erreicht haben. Noch vor den Rettungsprogrammen und den Stabilisierungsmaßnahmen hätte eine Entscheidung wie jetzt in Griechenland enorme Eruptionen auslösen können.

Für Europa ist dies eine traurige Situation. Aber Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble hat Recht, wenn er darauf verweist, nicht das Einhalten von Regeln gefährdet Europa, sondern Europa kommt in höchste Schwierigkeiten, wenn Regeln nicht mehr gelten.

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht



Ihr Helmut Brandt MdB



## Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen

### Karenzzeitregelung für Bundesminister und Parlamentarische Staatssekretäre beschlossen

Mit dem in der zurückliegenden Woche beschlossenen Gesetz, das ich für unsere Fraktion als Berichterstatter im federführenden Innenausschuss begleitet habe, wird für ausscheidende Bundesminister und Parlamentarische Staatssekretäre eine Karenzzeit eingeführt, wenn sie bis zu 18 Monaten nach ihrem Amtsverhältnis eine Beschäftigung außerhalb des öffentlichen Dienstes aufnehmen wollen und Interessenskonflikte zu befürchten sind. Die Entscheidung darüber wird durch die Bundesregierung auf Empfehlung eines beratenden Gremiums gefällt. Dies verhindert, dass durch den Anschein einer voreingenommenen Amtsführung im Hinblick auf spätere Karriereaussichten oder durch die private Verwertung von Amtswissen nach Beendigung des Amtsverhältnisses das Vertrauen der Allgemeinheit in die Integrität der Bundesregierung beeinträchtigt wird.

### Wohnungseinbrüchen vorbeugen

Nach einer Befragung durch das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. von rund 1.400 Opfern vollendeter oder versuchter Wohnungseinbrüche in Berlin, Bremerhaven, Hannover, München und Stuttgart fühlen sich 46,5 Prozent der Betroffenen auch noch ein Jahr nach der Tat in ihrer gewohnten Umgebung unsicher. 42,2 Prozent berichten von Macht- und Hilflosigkeit oder Angst sowie Schlafstörungen als langfristige Konsequenz des Einbruchs. Verhaltensveränderungen nach der Tat sind insbesondere im Bereich des Sicherheits- und Präventionsverhaltens festzustellen. So haben zwei Drittel der Befragten nach dem Einbruch Sicherheitstechniken neu installiert, vor allem zur Sicherung von Türen und Fenstern. Die Sicherung von Wohnungen verhindert nachweislich Einbrüche: Waren Wohnungen mit Sicherheitstechnik ausgestattet, so gelangten die Täter in nur 64,6 Prozent der Fälle auch tatsächlich in die Wohnung. Gab es keine Sicherheitstechnik, so konnten sie den Wohnungseinbruch dagegen in 81 Prozent der Fälle vollenden.

Die Bundesregierung hat auf die zunehmende Verunsicherung in der Bevölkerung durch Wohnungseinbrüche reagiert und das Investitionszuschussprogramm „Kriminalprävention durch Einbruchssicherung“ ins Leben gerufen. Hierfür werden bis 2017 insgesamt 30 Millionen Euro veranschlagt. Damit unterstützen wir Menschen, die zum Beispiel durch bessere Türen, Fenster und Schlösser den Einbruchschutz erhöhen wollen. Hier von sollen nicht nur wohlhabende Eigentümer, sondern auch Mieter profitieren. Deshalb werden der Fördersatz bei 20 Prozent und die Mindestinvestitionssumme bei nur 500 Euro liegen. Wenn sich also ein Mieter mit Zustimmung des Eigentümers zum Beispiel eine robuste Sicherung seiner Wohnungstür für 500 Euro einbauen lässt, bekommt er dies mit 100 Euro gefördert. Der maximale Förderanteil liegt bei 1.500 Euro. Das Motto lautet: Möglichst viele kleine Maßnahmen für möglichst viele Menschen.

### Sommertour im Wahlkreis

Die sitzungsfreien Sommerwochen werde ich für meine Sommertour durch alle Städte und Gemeinden der StädteRegion nutzen. Dabei besuche ich viele soziale Einrichtungen, Vereine, Verbände, Unternehmen und Betriebe.



Zum Auftakt am 8. Juli sprechen und grillen wir gemeinsam mit Bewohnern und Mitarbeitern des heilpädagogischen Wohnheim Franziskushaus in Eschweiler und der Jungen Union. Details und Termine finden Sie auf meiner Homepage, meiner Facebook-Seite sowie in der lokalen Presse. Ich freue mich auf viele neue Begegnungen!

#### Impressum:

Ausgabe Nr.: 13/15 03. Juli 2015

#### Helmut Brandt MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030 / 227-71472

Fax: 030 / 227-76471

E-Mail: [helmut.brandt@bundestag.de](mailto:helmut.brandt@bundestag.de)

#### Wahlkreis:

Luisenstr. 41, 52477 Alsdorf

Tel.: 02404/557830

Fax: 02404/673445

E-Mail: [helmut.brandt.wk@bundestag.de](mailto:helmut.brandt.wk@bundestag.de)

Internet: [helmut-brandt.de](http://helmut-brandt.de)

[facebook.com/mdb.helmut.brandt](https://www.facebook.com/mdb.helmut.brandt)